

P r o t o k o l l

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 28.05.2024, um 19:00 Uhr, im großen Sitzungssaal, Rathaus, Am Markt 1, 26345 Bockhorn.

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Ihmels, Dirk

Vertretung für Ausschussvorsitzenden Haschen

Ausschussmitglieder

Duttke, Harald

Als Mitglied des BPUA und als Vertretung von Rh. Schweizer (jedoch ohne weiteres Stimmrecht)

Eilers, Torben

Vertretung für Rf. Bartelmei

Franzen, Jens

Hannstein, Bernd

Helmerichs, Johann, (stellv. Bürgermeister)

Ihmels, Matthias

Lubitz, Jörn

Meinen, Doris

Vertretung für Rh. D. Ihmels

Nack, Olaf

Rothenburg, Stephan

Scherer, Rolf

Sieckmann, Heinke, (stellv. Bürgermeisterin)

Tammen, Klaus

Voß, Waltraud

Bürgermeister

Krettek, Thorsten

Beratende Mitglieder

Ammermann, Holger, Verein für Handel,

Handwerk und Gewerbe

Brunken, Nina-Kristin

Vertreterin Elternschaft Grundschulen

Horeis, Maren, Vertreterin des Seniorenbeirats

Lehmann, Janin, Stellv. Gesamtelternrat Kitas

Verwaltung

Siebels, Alexander

Stahl, Danny

Wilken, Jürgen

Protokoll

Meyer- Staudt, Kerstin

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung
- 3** Einwohnerfragestunde
- 4** Erweiterung des Lehrerzimmers an der Grundschule Grabste-de
- 5** Bebauungsplan Nr. 48 "Am Urwald" - Antrag auf Änderung des B-Planes
- 6** Antrag der PFF-Fraktion zur Trassenplanung in Bockhorn
- 7** Antrag nach §34 NKomVG vom BUND - Mitgliedschaft bei "Kommunen für biologische Vielfalt e. V."
- 8** Vorstellung der ersten Straßenvideoaufnahmen
- 9** Anfragen und Mitteilungen

Protokoll

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende D. Ihmels eröffnet um 19.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung, die zum TOP 4 als gemeinsame Sitzung mit dem Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschuss abgehalten wird, und begrüßt die Einwohner, Herrn Smidt von der Presse, zu TOP 7 Herrn Bock, die Ausschussmitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses sowie zu TOP 4 die Mitglieder des Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschusses, als beratende Mitglieder Herrn Ammermann vom Verein Handel, Handwerk und Gewerbe, Frau Horeis als Vertreterin des Seniorenbeirats, Frau Lehmann als Stellv. Gesamtelternrat Kitas und Frau Brunken als Vertreterin Elternschaft Grundschulen sowie die Verwaltung. Der Ausschussvorsitzende erklärt, er vertrete Rh. Haschen und übernehme nach Absprache mit Rh. M. Ihmels die Leitung der Sitzung. Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Rf. Bartelmei wird von Rh. Eilers vertreten, Rh. Geertsema von Rf. Voß. Da drei Ratsmitglieder sowohl im BPUA als auch im SJKSA vertreten sind, gibt es insgesamt 15 mögliche Stimmen (vgl. auch Anwesenheitsübersicht).

2. Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung

Protokoll:

Beschlussvorschlag:

Abstimmung:

Das Protokoll der Sitzung vom 12.03.2024 – öffentlicher Teil – wird mit zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende begrenzt die Fragezeit auf 15 Minuten und bittet die Fragesteller um Nennung ihres Namens sowie darum, nur Fragen zu stellen und keine Statements abzugeben.

Frau Behrends bedankt sich für die Möglichkeit, das Windpark-Modell auf dem Marktplatz aufstellen zu dürfen.

Frau Bartels bezieht sich auf den Termin mit Wirtschaftsminister Lies und Landrat

Ambrosy in der Woche zuvor und zitiert den Wirtschaftsminister, der die Energiewende nur im Einvernehmen mit den Bürgern umsetzen wolle. Sie fragt, wie sich die Gemeinde das vorstelle.

Bürgermeister Krettek stellt die Gegenfrage, wie er diese Frage beantworten solle – die Gemeinde sei das letzte Glied in der Kette und lehne in ihren Stellungnahmen die Leitungen ab. Es sei aber der Bundesgesetzgeber, die hier das letzte Wort habe und ablehnen müsse. Gestern habe der Kreisausschuss getagt, es habe sich dabei eine Arbeitsgruppe von Landkreis und TenneT gebildet, die nun prüfe, ob man mit der Freileitung durch das Landschaftsschutzgebiet gehen könne.

Frau Wegner erklärt, der Windpark sei Teil der Raumüberfrachtung und könne daher abgelehnt werden. Bundesrecht breche Landesrecht, und Landesrecht breche Kommunalrecht. Es bleibe die Frage nach der Einflussmöglichkeit auf die Windparkplanung.

Herr Stahl antwortet, dass der B-Plan einiges regle. Ein Klagerecht bestehe, wenn der BImSchG-Antrag abgelehnt werde.

Herr Weber fragt, ob die Gemeinde den Rückbau der Windenergieanlagen auf Kosten des Vorhabenträgers plane.

Herr Stahl bejaht und fügt an, dies würde über einen städtebaulichen Vertrag geregelt.

Ausschussvorsitzender Ihmels ergänzt, der Rat fordere den vollständigen Rückbau und habe sich das stets auch bürden lassen.

Herr Wendt fragt nach den Anträgen auf Innenentwicklung am Milanweg, der Weißenmoorstraße und von Familie Logemann.

Frau Meyer-Staudt sagt, man sei bei den Bebauungsplänen „Milanweg“ und „Dreieck Weißenmoorstraße“ in Kontakt mit den Vorhabenträgern, der Entwurf für „Quartier Logemann“ sei in Bearbeitung.

Herr Siekmann erkundigt sich nach der Möglichkeit zur Errichtung eines Stromspeichers – die alte Molkerei in Blauhand halte er für geeignet.

Bürgermeister Krettek antwortet, er nehme den Vorschlag auf.

Frau Bartels fragt nach dem Sachstand einer PV-Matrix.

Bürgermeister Krettek antwortet, dieses Thema werde in einer der nächsten Sitzungen bearbeitet.

Frau Bartels fragt, wie es sein könne, dass das Thema Klima beim Bürgerforum Steinhausen keines sein sollte.

Bürgermeister Krettek antwortet, er habe das Thema Klima nicht explizit ausgeschlossen, aber darauf hingewiesen, dass dieses Thema als Klammer ohnehin über

allen anderen Themen liege. Wenn sich Frau Bartels ein Bürgerforum anders vorstelle, möge sie selbst eines abhalten.

Ein Bürger fragt, warum kein Glasfaser von Eggeloge – wo gerade die Arbeiten stattfänden – nach Jühdenerfeld gelegt werde.

Bürgermeister Krettek entgegnet, dies habe man beim Landkreis bereits angeregt, sei dort aber nicht auf positive Reaktion getroffen.

Rh. Rothenburg ergänzt, dass nach seinen Informationen eine solche Verlegung nur dann erfolge, wenn es sich um Eigenleistung handele; selbst dann stelle sich die Kosten- und Versicherungsfrage.

Frau Wegner fragt, ob die Prozentangaben des Windparks Hiddels in der Potenzialstudie Wind bereits berücksichtigt worden seien.

Ausschussvorsitzender Ihmels bejaht dies.

4. Erweiterung des Lehrerzimmers an der Grundschule Grabstede Vorlage: 2024/506

Protokoll:

Herr Wilken stellt die Planungen vor und erklärt auf Nachfrage von Rh. Hannstein, dass die Erweiterung des Lehrerzimmers um 50 qm für dieses Jahr vorgesehen sei.

Rh. Hannstein regt an, dass die Statik im Bereich über der Küche so gefestigt werden möge, dass darauf bei Bedarf noch weitere Räumlichkeiten aufgestockt werden können. Wenn die Maßnahmen nicht bis 2026 umsetzbar seien, müsse man auf eine Containerlösung zurückgreifen.

Ausschussvorsitzender Ihmels bestätigt, dass mögliche Änderungen wieder über den BPUA in die Diskussion gegeben würden.

Rh. Scherer sagt, bei der Containerlösung gehe es um einen Schulleiterraum. Es gehe um rechtliche Vorgaben, die umgesetzt werden müssten. Es sei schon einmal mehr Geld für die Schule eingeplant gewesen.

Rh. Duttke spricht sich dafür aus, so schnell wie möglich den Bauantrag zu stellen, und fragt, wie lange die Genehmigung dauern werde.

Herr Stahl antwortet, dies würde 4 – 6 Wochen dauern, vollständige Unterlagen vorausgesetzt.

Frau Brunken spricht sich dafür aus, für den Kindergarten Container aufzustellen und die Froschgruppe aus der Schule zu nehmen.

Rh. Rothenburg verweist auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026.

Beschlussvorschlag

Dem vorgestellten Anbau des Lehrerzimmers wird zugestimmt und die Verwaltung wird mit der Einreichung eines Bauantrages beim Landkreis Friesland beauftragt. Anschließend soll der Anbau schnellstmöglich erfolgen.

Weiter wird dem genannten Fahrplan grundsätzlich zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Kosten für die weiteren Umbaumaßnahmen zu den jeweiligen Haushaltsberatungen zu ermitteln und dem Gemeinderat vorzulegen.

Abstimmung:

Mit 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Nach der Abstimmung steht es den Ausschussmitgliedern und den beratenden Mitgliedern des Schul-, Jugend-, Kultur- und Sportausschusses frei, der Sitzung sodann als Gast weiter zu folgen.

5. Bebauungsplan Nr. 48 "Am Urwald" - Antrag auf Änderung des B-Planes Vorlage: 2023/359/2

Protokoll:

Bürgermeister Krettek erklärt, der Beschlussvorschlag der Verwaltung bleibe so bestehen. Es bleibe abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die Arbeitsgruppe von Landkreis und Tennet kämen.

Rh. Tammen erklärt, jede Möglichkeit zur Verhinderung sollte genutzt werden. Er halte es für falsch, den B-Plan nicht zu ändern. Die SPD werde gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Rh. Scherer stellt fest, dass es eine Überschneidung zu TOP 6 gebe. Er sei erstaunt, dass nach der Sitzung vom 22.05.2024 der Beschlussvorschlag noch immer so geblieben sei. Eine Frage an TenneT sei, ob es unproblematisch sei, die Leitung so dicht am Erlebnisbad zu verlegen, z. B. hinsichtlich einer Gesundheitsgefährdung für die Träger von Herzschrittmachern. Bei TenneT müsse Druck aufgebaut werden – nur das beeindrucke sie. Nicht nur die BI, sondern auch die Gemeinde müsse sich dagegen wehren, selbst wenn es rechtlich bedenklich sei und zurückgeholt werde.

Rh. Nack fragt, ob sich zeitlich oder rechtlich etwas verschiebe, wenn die Leitung verschoben werde, und ob der B-Plan dann gültig bleibe.

Frau Meyer-Staudt erklärt, der B-Plan Nr. 48 sei seit 24 Jahren rechtskräftig; so lange er nicht angefasst werde, bleibe er so, wie er sei. Das sei unabhängig davon, ob eine Leitung verlegt werde.

Rf. Meinen zeigt sich erschüttert darüber, dass man Angst vor den Naturschutzverbänden habe, wenn man an das Landschaftsschutzgebiet herangehe.

Rh. Scherer erklärt, es dürfe alles gemacht werden, was nicht rechtswidrig sei – das gebe die Vorlage nicht her. Es stoße auf, dass von Verhinderungsplanung die Rede sei, auch bei der nächsten Vorlage.

Rh. Nack hinterfragt, was zur zeitlichen Eile dränge – der Landkreis habe die Arbeitsgruppe. Man möge diese tagen lassen und dann erneut schauen. Bis dahin könne die Entscheidung geschoben werden.

Rf. Voß stimmt dieser Überlegung zu und beantragt, die Entscheidung über die B-Planänderung zu verschieben.

Rh. Franzen betont, es sei wichtig, jetzt ein Zeichen zu setzen, auch wenn der geänderte B-Plan erfolglos bleibe. Man müsse dem Landkreis ein Signal aus Bockhorn geben, als Hilfestellung gegenüber TenneT.

Ausschussvorsitzender Ihmels stellt fest, dass die B-Planänderung nicht das einzige Mittel des Schulterchlusses sei – auch die Veranstaltung vom 22.05.2024 sei in diese Richtung gegangen. Er stellt fest, dass im Regionalen Raumordnungsprogramm im diskutierten Bereich ein Vorranggebiet für Hochspannungsleitungen festgelegt worden sei – eine übergeordnete Planung stehe somit einer B-Planänderung entgegen. Im Landschaftsschutzgebiet jedoch könne nach Freigabe des Landkreises auch gebaut werden; darauf sei der Landkreis vorher nicht gekommen, sondern erst durch den Hinweis aus Bockhorn. Die CDU stelle daher ebenfalls den Antrag, den TOP bis zur Vorlage von ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppe zu vertagen.

Der Antrag wird mit 8 Ja- und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorschlag

Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, dem Rat die folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Bebauungsplan Nr. 48 „Am Urwald“ wird nicht geändert.

Aufgrund der Anträge der Grünen und der CDU im BPUA, der mit 8 Ja- und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen wurde, wird der TOP bis zur Vorlage von ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppe von Landkreis und TenneT vertagt.

Abstimmung:

Mehrheitlich mit 8 Ja- und 1 Nein-Stimme angenommen.

6. Antrag der PFF-Fraktion zur Trassenplanung in Bockhorn
Vorlage: 2024/434/1

Protokoll:

Bürgermeister Krettek erklärt einleitend, es gehe um zwei Kenntnisnahmen: Einerseits die Karte zu möglichen Trassen, andererseits die Prüfung einer Veränderungssperre.

Rh. Scherer fragt, was noch in Bockhorn passiere und erklärt, er könne dazu nichts erkennen. Auf seine Frage an den Landkreis am 22.05.2024, was noch komme, habe der Landkreis entgegnet, das wisse man nicht. Der Landkreis arbeite an einer noch schärferen Karte; eventuell könne diese veröffentlicht werden. Er hätte gerne ein Zeichen an den Landkreis und TenneT, dass man mit den Planungen nicht einverstanden sei. Eine Veränderungssperre sei keine Verhinderungssperre. Es gehe nicht darum, alles rechtlich abzusichern, so dass man keine Rüge riskiere. Er plädiere dafür, eine Veränderungssperre in Erwägung zu ziehen.

Ausschussvorsitzender Ihmels bittet die Verwaltung, dass – sobald eine neue Karte vom Landkreis vorliege – diese im Ausschuss vorgelegt werde.

Rh. Duttke zeigt sich enttäuscht von den Politikern. Sie hätten sich bedeckt gehalten und nicht preisgegeben, was geplant und vorgesehen sei. Für die Bürger sei das „wisch-waschi“ gewesen.

Rh. Scherer ergänzt, dass Wirtschaftsminister Lies Vorsitzender des Beirats der Bundesnetzagentur sei. Man möge jetzt über die Veränderungssperre entscheiden.

Rf. Meinen entgegnet, sie könne nur eine Kenntnisnahme im Beschlussvorschlag erkennen.

Beschlussvorschlag

Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Ausführungen zu Punkt 1. sowie die Übersichtskarte mit den (vorläufig) geplanten Leitungstrassen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Ausführungen zu Punkt 2. werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

Mehrheitlich mit 8 Ja- und 1 Nein-Stimme zur Kenntnis genommen.

7. Antrag nach §34 NKomVG vom BUND - Mitgliedschaft bei "Kommunen für biologische Vielfalt e. V."
Vorlage: 2024/479/1

Protokoll:

Bürgermeister Krettek erklärt, die Anregung sei direkt an den Fachausschuss verwiesen worden und übergibt das Wort an Herrn Bock.

Herr Bock stellt sich als Mitglieder der Kreisgruppe Friesland des BUND vor und erläutert, dass die Teilnahme am Bündnis aus Sicht des BUND so wichtig sei, dass diese in den Gemeinden vorgestellt werden solle. Anhand eines Screenshots der Homepage zeigt er eine Karte der Bundesrepublik, auf der die Teilnahmegemeinden abgebildet sind. Er erläutert, dass nur Kommunen Mitglied sein können – in der Region seien das der Landkreis Friesland und die Stadt Wilhelmshaven. Die Ziele des Bündnisses seien u. a. die Stärkung der Natur im unmittelbaren Umfeld des Menschen und der Schutz der Biodiversität.

Rh. Duttke erkundigt sich, was die Gemeinde leisten müsse, um Teil des Bündnisses zu werden; ob z. B. eine Verpflichtung der Verwaltung oder des Bauhofes damit verbunden sei, z. B. zur Bereitstellung von Flächen.

Herr Bock erläutert, soweit es ihm bekannt sei, sei das nicht der Fall; das Bündnis sei eher als riesengroße Informationsquelle zu betrachten. Die Gemeinde müsse sich lediglich dazu bekennen, zur biologischen Vielfalt in der Gemeinde beizutragen. Zudem müsse sie 185 € Beitrag im Jahr zahlen. Hierfür könne sie am Netzwerk teilnehmen, erhalte kostenlose Infos und auch Beratung, z. B. zu Fördermitteln.

Rf. Meinen stellt fest, dass – wenn schon der Landkreis Mitglied sei – eine Teilnahme der Gemeinde somit doppelt sei. Sie fragt, was man für die 185 € Mitgliedsbeitrag bekomme – für sie wäre eine Voraussetzung für eine Teilnahme, dass eine Fachberatung stattfände.

Herr Bock antwortet, so, wie er es verstanden habe, sei das der Fall. Aber jetzt liege der Ball bei der Gemeinde, zu dieser Frage nähere Informationen einzuholen.

Der Ausschuss diskutiert im Folgenden über eine mögliche (Nicht-)Teilnahme am Bündnis:

Rh. Scherer verweist auf die Vorlage, aus der hervorgehe, dass es ein Fachbüro mit Ansprechpartnern gebe; eine Teilnahme sei das Signal, auch gegenüber Jugendlichen, dass die Gemeinde ein Auge auf die Biodiversität habe.

Rf. Meinen verweist auf die UNB, die für Fachfragen zur Verfügung stehe und gute Beratung leiste.

Rh. Duttke ergänzt, dass Frau Walentowitz von Mobilum bereits in der Gemeinde zu Biodiversität vorgetragen habe und über den Landkreis bereits dem Bündnis angeschlossen sei.

Rh. Lubitz sagt, wenn der Landkreis Mitglied sei, könne auch dort nach Fördermitteln gefragt werden.

Rh. Franzen verweist darauf, dass auch die Klimapatent auf das Netzwerk zugreifen könnten.

Ausschussvorsitzender Ihmels schlägt vor, die Entscheidung zu vertagen und zu-

nächst die Erfahrungen des Landkreises abzufragen.

Rh. Duttke stellt fest, man habe schon mehr als 185 € pro Jahr ausgegeben und fordert eine Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. beizutreten.

Abstimmung:

Mit 6 Ja-, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

8. Vorstellung der ersten Straßenvideoaufnahmen Vorlage: 2024/504

Protokoll:

Bürgermeister Krettek erläutert einleitend, der Grafenweg sei im „Masterplan Straßensanierung“ enthalten. Allerdings sei auch die Jühdenerfelder Straße in Mitleidenschaft gezogen, bei dem es sich um einen Schulweg handele.

Herr Siebels erläutert die Kamerafahrten: Auf dem Dienstwagen sei eine Kamera montiert, mit der er den Jühdenerfelder Straße, den Grafenweg und die Grodenstraße abgefahren sei. Die Aufnahmen könnten sowohl als Bestandsaufnahme als auch zum Vergleich sowie zur Beweissicherung dienen.

Rh. Scherer bemerkt, dass man relativ schnell nach Fertigstellung der Grodenstraße festgestellt habe, dass es Risse und Unebenheiten gebe, und fragt, ob da in Sachen Gewährleistung schon etwas gelaufen sei. Die Grodenstraße werde ein Fass ohne Boden. Zudem erkundigt er sich nach der maroden Brücke.

Herr Siebels entgegnet, dass man sich seinerzeit für die kostengünstigere Sanierungsvariante entschieden habe. In Sachen Gewährleistung sei noch nichts veranlasst worden, es werde sich aber gekümmert. Die Brücke solle von einem weiteren Büro geprüft werden auf die Frage hin, ob sie komplett neu errichtet werden müsse oder ob eine Sanierung möglich sei, und ob noch dieses Jahr gehandelt werden müsse.

Rh. Rothenburg findet es super, dass die Straßen abgefahren worden seien. Die Jühdenerfelder Straße sei ein Schulweg; er fragt, wie da der Sachstand sei.

Herr Siebels informiert, dass man sich gerade in der Angebotsabfrage befinde. Dabei werde noch geprüft, ob ausgeschrieben werden müsse. Bis zum Herbst gebe es hier ein Ergebnis.

Rh. Duttke moniert, dass die gezeigten Straßen nicht die einzig schlechten seien. Dem Bürger müsse klargemacht werden, wieviel Geld die Instandsetzung koste.

Das Geld dafür könne nicht nur über Kredite finanziert werden.

Rh. Nack stellt fest, dass es nicht die PKW seien, die die Straßen kaputt machten, sondern Busse, landwirtschaftliche Fahrzeuge, LKW etc. Dazu käme, dass viele Straßen in Wohngebieten lägen, dort aber niemand langsam fahren wolle. Würde der Verkehr verlangsamt, wäre auch eine dünnere Deckschicht ausreichend.

Beschlussvorschlag

Die vorgestellten Videos werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

9. Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Rh. Franzen weist auf ein tiefes Loch im Bereich Birkenstraße / Einmündung Lindenstraße hin; der Bauhof solle dort auffüllen.

Rh. Scherer bemängelt, dass viele Gräben nicht aufgereinigt würden, das sei ein Dauerthema. Er weist auf die Freihaltungspflicht auch auf Privatgrundstücken hin, eventuell helfe ein Appell an die Bürger mit dem Hinweis, dass zukünftig noch mehr Starkregenereignisse zu erwarten seien.

Rh. Rothenburg ergänzt, dass ab Oktober wieder aufgereinigt werden dürfe. Dabei müssten auch Bodenproben genommen werden. Er fragt, ob dafür schon etwas in Planung sei.

Herr Siebels antwortet, das Thema sei in Arbeit.

Rh. Eilers findet einen Appell an die Bürger gut – er mutmaßt, dass viele Eigentümer gar nicht wissen dürften, dass sich ein Graben in ihrem Eigentum befinde.

Rh. Nack erkundigt sich nach dem Sachstand der Laternen an der Hilgenholter Straße.

Herr Stahl antwortet, dafür seien 13.000 € in den Haushalt eingestellt worden; dieser sei nun genehmigt, so dass die Maßnahme kurzfristig umgesetzt werden könne.

Rh. Franzen erkundigt sich nach dem Sachstand für den Masterplan Beleuchtung.

Herr Siebels antwortet, dieser stehe noch aus.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 20:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer